Heinz Bierbaum

Eröffnung 6. Konferenz gewerkschaftliche Erneuerung 2. Mai 2025

Politische Herausforderungen der Gewerkschaften in der Zeitenwende

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen der Rosa-Luxemburg-Stiftung begrüße ich Euch alle sehr herzlich zu unserer 6. „Streikkonferenz“, die wie immer außerordentlich starken Zuspruch hat. Wir veranstalten diese Konferenz zusammen mit den Gewerkschaften, vor allem mit den Berliner Gliederungen von IGM, Ver.di, EVG, NGG, IG Bau und GEW und auch der ostdeustchen Landesverbände.

Wir leben ohne Frage in sehr bewegten Zeiten, ja geradezu epochalen Umbrüchen. Dies betrifft die wirtschaftliche Entwicklung mit der notwendigen grundlegenden Umstellung der Produktion infolge der mit der Klimakrise zusammenhängenden ökologischen Herausforderungen. Die Art und Weise unseres Produzierens und Konsumierens steht grundsätzlich in Frage. Wir haben es weiterhin mit erheblichen geopolitischen Veränderungen mit hohem Risikopotenzial zu tun, die wiederum auf die ökonomisch und soziale Entwicklung zurückwirken. Krieg und militärische Auseinandersetzungen nehmen zu. Nicht nur in der Ukraine oder in Gaza, vor allem auch in Afrika. Wir haben es mit einer sehr widersprüchlichen Entwicklung zu tun. Auf der einen Seite gibt es eine klare Tendenz zur Multipolarität. Der globale Süden ist nicht länger gewillt, sich vom globalen Norden dominieren zu lassen. Auf der anderen Seiten bahnt sich eine besorgniserregende Blockkonfrontation zwischen den USA und China a, in der die USA ihre bröckelnde Hegemonie zu verteidigen sucht. Durch die Politik Trumps haben sich

die Widersprüche noch verschärft. Ex-Kanzler Scholz hat den Begriff der „Zeitenwende“ geprägt, womit vor allem die beispiellose Erhöhung der Militärausgaben gemeint ist. All diese Prozesse stellen die Gewerkschaften vor erhebliche Herausforderungen. Dies gilt besonders auch im Hinblick auf den politischen Rechtsruck bis hin faschistischen Tendenzen - einen Prozess, den wir in der Stiftung als Faschisierung bezeichnen und analysieren, und der eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie darstellt.

Deutschland selbst befindet sich in erheblichen Schwierigkeiten – ökonomisch, sozial und politisch. Das Modell Deutschland befindet sich in der Krise. Seine materielle Basis, nämlich eine starke und auf den Export ausgerichtete Industrie, ist brüchig geworden. Wie die Vorgänge bei VW exemplarisch zeigen, steht das deutsche System industrieller Beziehungen selbst in Frage. Zwar konnten die beabsichtigten Werkschließungen aufgrund gewerkschaftlichen Widerstand verhindert werden, doch zahlen letztlich die Beschäftigten durch erhebliche Einsparungen bei den Arbeitskosten die Zeche.

Der notwendige ökologische Transformationsprozess der Industrie ist blockiert – durch die Unternehmen selbst mit ihrer kurzsichtigen profitgetriebenen Unternehmenspolitik, aber auch durch mangelnde politische Unterstützung, einer fehlenden Industriepolitik und durch die Militarisierung mit ihren gigantischen Rüstungsausgaben.

Die industrielle Entwicklung stockt und es besteht das Risiko der Deindustrialisierung. Die Unternehmen reagieren darauf mit Kostensenkungsprogrammen zulasten der Beschäftigten und mit vermehrter Abwanderung ins Ausland. Dagegen ist Widerstand erforderlich. So hat denn auch die IG Metall unter dem Motto „Zukunft statt Kahlschlag“ eine große Kampagne gestartet und am 15. März gut

besuchte Großkundgebungen durchgeführt. Es gilt, den betrieblichen Widerstand zu intensivieren und ihn mit betriebsübergreifenden industriepolitischen Maßnahmen zu verbinden. Industriepolitik kann sich nicht in Subventionen oder Kaufanreizen für Elektroautos erschöpfen, sondern muss den notwendigen Transformationsprozessen Orientierung und Perspektive bieten. Dazu gehört z.B. auch eine Mobilitätswende. Gewerkschaftlicher Widerstand ist freilich auch in vielen anderen Bereichen nötig. Ich erwähne nur aktuell die Vorgänge bei Nestlé, wo nahezu die Hälfte aller Beschäftigte abgebaut werden soll. Dagegen hat sich Widerstand formiert. Am 14. Mai wird es einen großen Aktionstag vor der der Nestlé-Zentrale geben. Dies muss von uns unterstützt werden.

Zudem häufen sich die Angriffe auf Mitbestimmung, auf das Streikrecht und auf die Arbeitsbedingungen. So soll entsprechend dem Koalitionsvertrag die Begrenzung der täglichen Arbeitszeit und damit der 8-Stunden-Tag zugunsten einer wöchentlichen Arbeitszeit aufgegeben werden. Das ist ein gewaltiger sozialer Rückschritt.

Die Gewerkschaften kommen vor allem aber auch durch die zunehmende Militarisierung unter Druck. Denn damit ist eine Unterordnung aller gesellschaftlichen Bereiche unter die Sicherheitspolitik verbunden. Dies hat erhebliche sozialpolitische Auswirkungen sowie auch eine Bedrohung der öffentlichen Daseinsfürsorge zur Folge. Vor allem aber sind damit fundamentale Fragen der gewerkschaftlicher Politik und gewerkschaftlichen Handelns aufgeworfen. Gewerkschaften sind grundsätzlich dem Frieden und der Abrüstung verpflichtet. Doch nur eine Minderheit setzt sich kritisch mit der Militarisierung auseinander. Die Mehrheit steht diesem Kurs eher passiv gegenüber, oder unterstützt ihn gar, etwa indem der Ausbau der Rüstungsindustrie befürwortet wird. Aufrüstung gilt als Ausweg aus der

industriellen Krise. Das ist jedoch ein gefährlicher Irrweg, da diese Produktion auf Zerstörung ausgerichtet und alles andre als nachhaltig ist. Ganz im Gegenteil. Wir erleben eine Konversionsdebatte, die in krassem Gegensatz zu früheren Konversionsinitiativen steht, die auf eine Umstellung der Rüstungs- auf Zivilproduktion abzielten und die Frage der gesellschaftlich nützlichen Produktion in den Mittelpunkt stellte Da sollten wir wieder aufgreifen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Wegducken hilft hier nicht. Deshalb haben wir als RLS gemeinsame mit den Gewerkschaften Konferenzen zur Friedensfrage durchgeführt. Wir werden am 11./12. Juli gemeinsam mit der IG Metall in Salzgitter eine dritte derartige Konferenz durchführen, zu der ich ausdrücklich einladen will. Frieden und eine auf Kooperation basierende internationale Politik sind für gewerkschaftliches Handeln zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen eine Grundvoraussetzung.

Die Gewerkschaften befinden sich im Abwehrkampf. Doch gerade in Zeiten der Krise ist eine offensive und autonome Gewerkschaftspolitik nötig. Gerade in einer Zeit umfassender Veränderungen mit den darin liegenden Risiken aber auch den Chancen für eine andere Politik müssen Gewerkschaften ihr gesellschaftspolitisches Mandat eigenständig wahrnehmen.

Unsere Konferenz bietet die Plattform für eine umfassende Debatte mit sehr praktischem Bezug zu gewerkschaftlichem Handeln. Wir werden gleich im Anschluss ein Podium zum Rechtsruck im Betrieb und Gesellschaft haben, womit eine der zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aufgegriffen wird. Es wird eine Vielzahl von Diskussionsforen mit unterschiedlichsten Themen geben. Wichtig ist, dass zugleich damit eine Orientierung für ein offensives und autonomes gewerkschaftliches Handeln verbunden ist. Wir wollen Mut machen, aus

der Defensive herauszukommen und offensiv für unsere Interessen zu streiten.